

Liebe Mitglieder

Die Parlamentswahlen haben – wie erwartet – die politische Landschaft der **Schweiz noch stärker polarisiert** als vor vier Jahren. Die SVP-Seite geht als deutliche Wahlsiegerin hervor, aber auch die links-grünen Parteien konnten von den markanten Verlusten der Mitte profitieren. Dadurch wird es im Parlament noch schwieriger, gemeinsam getragene Entscheidungen zu erarbeiten. Dies wäre jedoch in der jetzigen Situation dringend notwendig, um die anspruchsvollen Aufgaben in vielen Bereichen bewältigen zu können. Die Verschiebungen im Parlament werden diesmal mit grösster Wahrscheinlichkeit auch **Folgen für die Bundesratswahlen** vom 10. Dezember 2003 haben, was sich sehr wohl auf den Bereich des Gesundheitswesens und der Krankenversicherung auswirken kann. Die Stärkung der rechten Seite wird zweifellos den Abbau der Sozialleistungen und der Solidarität unter den Versicherten, aber ebenso die Förderung der Eigenverantwortung vorantreiben.

Prämiensteigerung auf Kosten der Kranken gedämpft

Durch den Wechsel der Führung im Departement des Innern in bürgerliche Hände ist diese Tendenz ja bereits deutlich geworden, indem der neue Vorsteher, Bundespräsident Pascal Couchepin, entsprechende **Massnahmen auf Anfang 2004** durchgesetzt hat. Durch die Erhöhung der minimalen **Franchise auf 300.– Franken** und des maximalen jährlichen **Selbstbehalts auf 700.– Franken** wird zwar die Prämiensteigerung etwas gedämpft, dies jedoch besonders auf Kosten der chronisch Kranken und wenig Bemittelten. Die massive **Reduktion der Rabatte bei den Wahlfranchisen** für Erwachsene belastet im Gegensatz dazu eher die Gesunden, wirkt aber einem kostenbewussten Verhalten entgegen und ist deshalb ebenfalls fragwürdig. Für die Verschleierung dieser Tatsachen bei der Ankündigung der Erhöhung der Krankenkassenprämien für 2004 wurde Bundespräsident Couchepin massiv kritisiert. Dies soll seiner Partei bei den Parlamentswahlen auch Stimmen gekostet haben.

Abteilung Krankenversicherung wechselt ins BAG

Seinen unbändigen Willen konnte der Departementsvorsteher auch auf einem andern Gebiet durchsetzen: Ende September hat der Bundesrat entschieden, **auf den 1. Januar 2004 die Abteilung**

In der Beilage finden Sie

- *das Protokoll der Mitgliederversammlung vom 17. Mai 2003*
- *den Gesamtprospekt unseres Vereins 2003/04*
- *die Einladung zu Vorträgen und einem Podium im SCALA BASEL*
- *ein Aus- und Fortbildungsangebot der Schule für Rhythmische Massage*
- *eine Information der Dora Gutbrod Schule für Sprachkunst*
- *das neue anthrosana-Heft «Parkinson-Krankheit»*

«Das Grundprinzip der Medizin ist die Liebe»

Paracelsus

«Die moderne Medizin hat in ihrer technischen Einseitigkeit einen Höhepunkt und einen Endpunkt erreicht, auch weil sie nicht mehr zu finanzieren ist. Diese technisch höchst differenzierte Medizin produziert, mehr und mehr, die sogenannten Medizinkrankheiten.»

Prof. Dr. med. Piet Nijs
in «Therapie als Begegnungskunst»

«Jeder Mensch hat eine unendliche Sphäre der Verantwortung, der Verantwortung vor dem Unendlichen. Er bewegt sich, er redet, er blickt, und jede seiner Bewegungen, jedes seiner Worte, jeder seiner Blicke schlägt Wellen ins Geschehen der Welt, er vermag nicht zu erkennen, wie starke und wie weithin reichende.

Martin Buber in «Einsichten»

Kranken- und Unfallversicherung (KUV) vom Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) ins Bundesamt für Gesundheit (BAG) zu transferieren. Pascal Couchepin erhofft sich mittelfristig durch diese Neustrukturierung eine bessere Kenntnis und Kontrolle der Faktoren, die einen Einfluss auf die Gesundheitspolitik haben. Dadurch müssen rund hundert Angestellte das Amt wechseln. Die Kosten der Reorganisation werden von beiden Ämtern getragen, das heisst natürlich von uns Steuerzahlern. Leider sind auch die **Folgen dieser Verschiebung für die Komplementärmedizin** noch völlig offen, wir hoffen jedoch, dass uns der hilfsbereite Leiter der Abteilung Kranken- und Unfallversicherung, Fritz Britt, erhalten bleibt.

Einen sorgenvollen Einblick in die aktuelle Situation im Gesundheitswesen haben wir übrigens aus der Sicht eines anthroposophischen Arztes und eines Vertreters einer Krankenversicherung anlässlich unserer **Mitgliederversammlung vom 17. Mai 2003** im SCALA in Basel bekommen. Eine kurze **Zusammenfassung** finden Sie im **beiliegenden Protokoll**.

Prämien steigen mehr als Kosten im Gesundheitswesen

Die Kosten im Gesundheitswesen sind in der Schweiz zwischen 1995 und 2000 um etwas mehr als 20 Prozent gestiegen, die **Krankenkassenprämien** jedoch seit der Einführung des Krankenversicherungsgesetzes (KVG) im Jahre 1996 **um mehr als 60%**! Dieser Unterschied erklärt sich unter anderem mit dem Rückzug der öffentlichen Hand aus der Finanzierung der Gesundheitskosten mit Steuergeldern. Dies ist mit ein Grund, dass die **Reduzierung der Leistungserbringer** – insbesondere der Ärzte – immer deutlicher gefordert wird.

Im Rahmen der zweiten Teilrevisionen des KVG hat der Ständerat an der vom Nationalrat verworfenen **Aufhebung des Vertragszwangs zwischen Krankenkassen und Leistungserbringern** festgehalten. Zusammen mit dem neuen Departementschef Pascal Couchepin, der dieses Anliegen ebenfalls klar befürwortet, wurde rasch ein **Modell mit kantonaler Bedarfsklausel** ausgearbeitet. Davon wären vor allem Berufseinsteiger/innen betroffen, die sich – wenn überhaupt – nur noch in bestimmten Kantonen niederlassen könnten. Die Ärztekammer der Verbindung der Schweizer Ärztinnen und Ärzte **FMH** hat deshalb Mitte Oktober entschieden, gegen die Revision des KVG das **Referendum** zu ergreifen und eine grosse Summe im Hinblick auf die Volksabstimmung bereitzustellen. Bereits bei der Übernahme des Departements hatte Pascal Couchepin in einem Interview zugegeben, dass gegen die sehr starke Lobby der Ärzte kaum etwas durchgesetzt werden kann.

Gesundheitsinitiative der SP erleidet Schiffbruch

Mit überraschend grosser Deutlichkeit ist am 18. Mai 2003 die Volksinitiative «Gesundheit muss bezahlbar bleiben» der Sozialdemokraten verworfen worden. **72,9 Prozent lehnten eine Finanzierung der Krankenversicherung über die Mehrwertsteuer und einkommens- sowie vermögensabhängige Beiträge ab.** Sogar Westschweiz und Tessin, die unter besonders hohen Krankenkassenprämien leiden, sagten unmissverständlich Nein. Im Tessin erteilten gut 59 Prozent der Stimmbürger/innen der SP-Initiative eine klare Abfuhr. In Genf, wo die höchsten Prämien der Schweiz bezahlt werden, legten 62 und im fast so teuren Basel sogar 63 Prozent ein Nein in die Urne. Noch klarer war die Ablehnung in den Deutschschweizer Kantonen mit eher günstigen Prämien.

Die Finanzierung der Krankenversicherung über Steuern wird nun wohl nach diesem unmissverständlichen Nein für längere Zeit vom Tisch sein. Das müssten eigentlich auch die Sozialdemokraten einsehen. Allerdings lässt die **Ankündigung einer Volksinitiative für eine Einheitskasse** durch das Initiativkomitee kurz nach dieser Niederlage wenig Hoffnung auf Einsicht.

Das deutliche Nein zum gewünschten Systemwechsel der SP darf aber nicht als Ausdruck der Zufriedenheit mit dem gegenwärtigen Zustand oder der Entwicklung im Gesundheitswesen missverstanden werden. **Reformen sind dringend notwendig!** Dazu gehören gezielte Anreize zu Kosten sparendem Verhalten aller Beteiligten ohne Schritte in eine Zweiklassenmedizin, wie auch die Verbesserung der Prämienverbilligung, damit Personen mit tiefem Einkommen und Familien mit Kindern entlastet werden. Ferner muss eine Neuregelung der Spitalfinanzierung gefunden werden. Leider hat das Parlament auch bei der zweiten Teilrevision des Krankenversicherungsgesetzes nicht sehr viel Mut bewiesen und keine wichtigen Weichen gestellt.

Nationalrat heisst Forschung mit Stammzellen gut

In der Herbstsession hat der Nationalrat das Stammzellenforschungsgesetz mit 88 zu 53 Stimmen angenommen. Wie der Ständerat machte er aus dem bundesrätlichen Embryonen- ein Stammzellenforschungsgesetz. Die Forschung an Embryonen wird später in einem speziellen Gesetz geregelt. Verabschiedet wurde eine Motion, damit der Bundesrat die Verfassungsbestimmungen über die Forschung am Menschen prüfen lässt. Allerdings ist nicht mehr daran zu zweifeln, dass in der Schweiz unter bestimmten Bedingungen die ethisch und verfassungsrechtlich äusserst **umstrittene Forschung mit Stammzellen menschlicher Embryonen erlaubt** wird. Diese Zellen werden sogenannten «überzähligen» Embryonen aus künstlicher Befruchtung entnommen, die laut Verfassung eigentlich nicht mehr entstehen noch für Forschungszwecke verwendet werden dürfen.

Hingegen legte auch der Nationalrat im Gegensatz zum Bundesrat fest, dass einem Embryo **nur bis zum 7. statt bis zum 14. Tag** Stammzellen entnommen werden dürfen und bei der Frage der **Patentierbarkeit** folgte er ebenfalls der kleinen Kammer. So soll lediglich die Patentierung unveränderter Stammzelllinien – die als blosser Entdeckungen gelten – verboten werden, modifizierte Zelllinien sind deshalb patentierbar.

Frist für gefrorene Embryonen um Jahre verlängert

Ursprünglich hatte der Ständerat entschieden, dass die rund 1 000 in der Schweiz vor 2001 eingefrorenen Embryonen aus künstlicher Befruchtung Ende Jahr vernichtet werden sollen, wie es vor zwei Jahren im Fortpflanzungsmedizingesetz festgelegt wurde. Der Bundesrat hatte eine Fristverlängerung bis Ende 2004 vorgeschlagen. Mit einer dringlichen Gesetzesänderung verlängerte nun aber der Nationalrat die **Frist für Embryonen zum Zweck der Fortpflanzung bis Ende 2005. Zu Forschungszwecken** dürfen die Embryonen mit schriftlicher Einwilligung des betroffenen Paares **sogar bis Ende 2008** aufbewahrt werden. Der Ständerat hat sich diesem Entscheid anfangs Oktober angeschlossen.

«Wir behandeln die verheerenden Folgen unserer Technologie, als ob sie ein technischer Fehler wären, der einfach durch bessere Technologien geheilt werden könnte. ...

Was wir brauchen, ist etwas anderes, etwas Grösseres. Die Einstellung der Menschen zur Welt muss radikal verändert werden. Wir müssen die selbstherrliche Vorstellung ablegen, dass die Welt bloss ein Puzzle-Spiel sei, das gelöst werden muss, eine Maschine mit dazugehöriger Gebrauchsanweisung ...

Der Weg besteht vielmehr in dem Versuch, durch persönliche Erfahrung ins Herz der Wirklichkeit zu gelangen. Ein solcher Weg fördert eine Atmosphäre toleranter Solidarität und Einheit in der Vielfalt. Diese Einheit gründet auf gegenseitiger Achtung, echtem Pluralismus und Parallelismus ...»

*Václav Havel
am Weltwirtschaftsforum
1992 in Davos*

anthrosana-Heft 207

Parkinson-Krankheit

*Wege zu einer aktiven
Begegnung*

*In diesem Heft gelingt Prof.
Dr. med. Volker Fintelmann
eine in der Medizin noch kaum
praktizierte Synthese von
naturwissenschaftlichen
und anthroposophischen
Forschungsergebnissen, welche
die Individualität des Menschen
einbezieht und das Zusammen-
wirken von Leib, Seele und
Geist als Ganzheit erfasst.*

*Dadurch eröffnet er neue
therapeutische Blickrichtungen
und vermittelt den Betroffenen
die notwendige Urteilsfähig-
keit, um einen eigenen Weg
in der Parkinson-Krankheit zu
finden, anstatt nur die ver-
ordneten Arzneimittel korrekt
einzunehmen.*



Postplatz 5, Postfach 828
4144 Arlesheim
Telefon 061 701 15 14
Telefax 061 701 15 03
E-Mail info@anthrosana.ch
Internet www.anthrosana.ch

Gentechnikfrei-Initiative in Bern eingereicht

Nur sieben Monate nach der Lancierung konnten am 18. September 2003 **mehr als 121'000 Unterschriften** der Volksinitiative «für Lebensmittel aus gentechnikfreier Landwirtschaft» der Bundeskanzlei übergeben werden. Damit gehört die Gentechnikfrei-Initiative zu den am schnellsten eingereichten Volksinitiativen. Sie verlangt ein **Moratorium für fünf Jahre** ab positivem Ausgang der Volksabstimmung. Mit der Vorbereitungszeit ergibt sich eine Dauer **bis etwa 2010**. Das Moratorium umfasst gentechnisch veränderte Pflanzen, Pflanzenteile und Saatgut, welche für die kommerzielle Freisetzung in Gartenbau, Land- oder Forstwirtschaft bestimmt sind. Für gentechnisch veränderte Tiere gilt das Moratorium, wenn diese Tiere zur Produktion von Lebensmitteln und landwirtschaftlichen Erzeugnissen genutzt werden.

Das rasche Zustandekommen dieser Initiative beweist, dass die **Bevölkerungsmehrheit eine Landwirtschaft will, die auf Gentechnik verzichtet**. Dass dieses Anliegen in breiten Kreisen Unterstützung findet, zeigt das breite Spektrum von 25 unterstützenden Organisationen aus Landwirtschaft, Konsumenten-, Tier- und Umweltschutz sowie Entwicklungszusammenarbeit. Dazu gehört auch unser Verein, der sich an der Unterschriftensammlung und Übergabe in Bern beteiligt hat. **Wir danken allen Mitgliedern für ihre tatkräftige Unterstützung** und hoffen auf einen positiven Ausgang der bevorstehenden Volksabstimmung!

In den letzten Jahren wurden wir immer wieder nach einer **Schrift zur Parkinson-Krankheit** gefragt. Deshalb freuen wir uns, Ihnen beiliegend nun ein **Heft von Prof. Fintelmann** übergeben zu können. Wir hoffen, dass dadurch viele Betroffene neuen Mut und die ersehnten Anregungen bekommen, um selber aktiv an der Überwindung dieser Krankheit – die kein unerbittliches Schicksal ist – zu arbeiten.

Abschliessend möchten wir Sie auch auf den beiliegenden **Vereinsprospekt** mit interessanten neuen Büchern hinweisen. Bitte geben Sie diesen doch an Interessierte weiter, wenn Sie ihn nicht selber brauchen! – Ausserdem finden Sie eine Ankündigung für zwei **Vorträge und ein Podiumsgespräch im Februar 2004 im SCALA BASEL**. Diesen Zyklus, den wir zusammen mit dem Paracelsus-Zweig in Basel und mit der Unterstützung von Sponsoren organisieren, möchten wir jedes Jahr mit neuen Themenschwerpunkten – später hoffentlich auch mit neuen Partnern und in andern Städten – durchführen.

Für Ihre treue Unterstützung danken wir Ihnen ganz herzlich, wünschen Ihnen nach dem heissen Sommer und frühen Kälteeinbruch eine lichtvolle Winterzeit und verbleiben mit freundschaftlichen Grüssen

Dr. Michael Werner, Präsident

Herbert Holliger, Geschäftsführer